



„Wir sprechen jetzt mit unseren europäischen Partnern und Verbündeten, um auf koordinierte Weise die Aussicht auf ein Verbot der Einfuhr von russischem Öl zu prüfen.“

US-Außenminister Antony Blinken berät mit europäischen Verbündeten über einen Importstopp für Öl aus Russland. Foto: AFP

WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN AUS ALLER WELT

18 Montag, 7. März 2022 Nummer 65



Der Anteil der Photovoltaik (PV) am künftigen Energiemix („Tirol 2050 energieautonom“) beträgt 19 Prozent oder 3874 Gigawattstunden. Das bedeutet, dass drei Viertel aller sinnvoll nutzbaren Dachflächen mit PV-Modulen belegt werden müssen. Foto: imago images

Strom für den Nachbarn erzeugen

Von Anita Heubacher

Innsbruck – Georg Lettner arbeitet an der Technischen Universität Wien. Dort forscht er, wie man es schaffen könnte, aus E-Autos Speicher zu machen. Die Batterien müssten also lernen, nicht nur Strom zu beziehen, sondern ihn auch abgeben zu können. Das Forschungsprojekt nennt sich „Car2Flex“ und ist ein Baustein in Lettners Plan, dass Energie grundsätzlich dort erzeugt werden sollte, wo sie verbraucht wird. Am Dienstagabend referierte er in Imst beim Holzindustrie-Betrieb Pfeifer. Geladen hat die Adler Runde, eine Vereinigung von rund 40 Tiroler Unternehmern. Deren Industriedächer würden „ungeheures Potenzial“ bergen, glaubt Lettner. „Der Mitarbeiter fährt mit seinem E-Auto in die Firma. Die Batterie dient als Speicher. Am Abend ist das Auto wieder aufgeladen und mit dem übrigen Strom kocht der Mitarbeiter sein Abendessen“, sagt Lettner bei „Tirol Live“.

Zukunftsmusik. Das ist klar. Aber einige Autohersteller, konkret VW, würden bereits nächstes Jahr ein E-Auto mit einer Batterie, die laden und abgeben kann, auf den Markt bringen wollen.

Für sofort umsetzbar hält Lettner hingegen, dass Unternehmen oder Gemeinden oder auch Hausbauer und Sanierer zum eigenen Stromerzeuger

werden und eine Energiegemeinschaft eingehen. Wie berichtet, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen gesetzlich gegeben. Die Umsetzung werde aber nicht von den landeseigenen Energieversorgern, sondern von Endkunden kommen, meint der Techniker.

Auf den Flächen der Industriegebäude sieht er Photovoltaikanlagen – ebenso wie auf Schuldächern. „Wenn im Sommer die Schule den Strom nicht braucht, aber sehr viel erzeugt, warum sollte man den ins Netz einspeisen, damit er am Großhandelsmarkt verwendet wird, wenn der Strom doch in der Nachbarschaft verwendet werden könnte?“

Als Triebfedern sieht Lettner die steigenden Energiekosten, aber auch, dass der Ukraine-Krieg zeige, wie sehr Abhängigkeiten schwächen könnten. Abgerechnet wird weiterhin über den Netzbetreiber, allerdings künftig mit dem Nachbarn. Der, der die Photovoltaikanlage baut, und der, der den Strom nützt, müssen handelseins werden. „Der eine bekommt einen besseren Tarif für den erzeugten Strom, der andere einen günstigeren Tarif fürs Stromverbrauchen.“

Lettner glaubt fest daran, dass es zu einer Bewusstseinsbildung beim Endkunden kommen wird. Man wolle doch Teil der Energiewende sein und mit der Ressource Strom künftig anders umgehen. „Warum nicht die Waschmaschine einschalten, wenn die Sonne scheint?“ Wenn es darum geht, Spitzen auszugleichen und mit Ressourcen schonend umzugehen, kommt der Smart Meter ins Spiel. Das sind digitale Zählgeräte, die den Stromverbrauch im 15-Minuten-Takt messen und die Daten dem Netzbetreiber mitteilen. „Es ist weniger interessant, wann wer duschen geht, als zu wissen, wann Strom gebraucht wird und wann nicht.“



Georg Lettner von der TU in Wien zu Gast bei „Tirol Live“. Foto: Rita Falk

Anfragen zum Gasanstieg steigen um 100 Prozent

Bis zum Jahr 2050 soll Tirol energieautonom werden, die Lage in der Ukraine und Russland scheint dem Vorhaben wörtlich „Gas zu geben“.

Von Anna Haselwanter

Innsbruck – Erst waren es „bloß“ um 50 Prozent mehr, seit einer Woche stiegen die Anfragen zum Thema Öl und Gas bei der Energie Tirol um 100 Prozent, schildert Sprecher Philipp Koch. Rund 87.000 der 330.000 Hauptwohnsitze in Tirol werden mit Öl und Flüssiggas beheizt, weitere 32.000 mit Erdgas. Der Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundenen Unsicherheiten scheinen den Ausstiegswillen vieler Tiroler aktuell drastisch zu beschleunigen. Zwar fließe das russische Gas nach Angaben des Staatskonzerns Gazprom weiter in normalem Umfang über die Ukraine in den Westen, doch die Sorge, dass das in jedem Moment vorbei sein könnte, ist groß; vor allem mit Blick auf die Gasspeicher, die in Österreich nur zu 18 Prozent gefüllt sind.

Dabei gibt es gerade in Tirol eigene Ressourcen, mit denen es möglich ist, den Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren heimischen Energieträgern zu decken. Hätte man also früher mehr Anstrengung

in den Umbau des Energiesystems auf Strom aus Sonne, Wasser und Wind gesetzt, den Klimawandel ernst(er) genommen – wären wir heute von Russland unabhängiger?

„Wir müssen die eigenen Ressourcen für die eigenen Zwecke nutzen, bevor es andere tun – oder tun müssen.“

Ernst Fleischhacker
(Green Energy Center Tirol)

Pauschal könne man diese Frage nicht beantworten, heißt es von der Energie Tirol, einer Beratungsstelle des Landes, fossile Energien kommen schließlich nicht nur aus Russland. Allerdings, so wird eingeräumt, haben viele Entscheidungen, die nach dem Protokoll von Kyoto 1997 (UN-Klimaschutzabkommen) getroffen wurden, das Problem, in dem wir heute stecken, unnötig verschärft. Der Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas sei „eine enorme Kraftanstrengung“, heißt es auch vom Green Energy Center Europe in Innsbruck, einer privatwirtschaft-

lichen Codex-Partnerschaft, die Projekte zum Umbau des Energiesystems auf Strom – auch mit dem Baustein Wasserstoff – vorantreibt. „Und bevor der Hut nicht brennt, lässt der Mensch die Dinge gerne so sein, wie sie sind.“ Das und „die Tatsache, dass die Strukturen der öffentlichen Hand und auch der privaten Wirtschaft nicht dafür geschaffen sind, der Zeit zu weit voraus-eilende Aufgabenstellungen in konkreten Projekten umzusetzen“, habe zur aktuellen Situation beigetragen, so die Green-Energy-Experten. Einzig: Die realpolitische Situation wird immer unsicherer – und mit dem Klima kann man nicht verhandeln. Wie kann der Ausstieg also rasch gelingen?

„Wir müssen die eigenen Ressourcen für die eigenen Zwecke nutzen, bevor es andere tun – oder tun müssen“, sagt der Gründer des Green Energy Centers und Autor der „Tirol 2050 energieautonom“-Strategie des Landes Tirol, Ernst Fleischhacker. Derzeit besteht der Energiemix in Tirol zu 57 Prozent aus fossilen, zu 43 Prozent aus erneuerbaren

Energien. Um gegen null zu kommen, „muss der Energiebedarf durch Maßnahmen wie thermische Sanierung von Gebäuden, neue Technologien und auch Verhaltensänderungen um 37 Prozent sinken“.

Die Transformation wird aufgrund der aktuellen Situation aber kaum eine geordnete sein. Um sicherzustellen, dass Wohnungen weiter beheizt werden, Betriebe weiter produzieren können, könne auf den „Einsatz des Brückenergieträgers Gas nicht verzichtet werden“, sagen Experten – und warnen gleichzeitig vor einem breiten Einsatz von Flüssiggas (LNG), wie es aktuell diskutiert wird. Dieses sei aus klimapolitischer Sicht „Teil des Problems und nicht der Lösung; die CO₂-Emissionen bewegen sich ungefähr im Bereich des Erdöls, sind also noch schmutziger als Erdgas aus der Pipeline“. Dasselbe gelte für Wasserstoffimporte aus Chile, Spanien und Co.

Um energieautonom zu werden, bleibt also nur, „den Energiebedarf zu senken und die Erneuerbaren mit aller Kraft auszubauen“.

Österreich will grünen Wasserstoff aus Emiraten

Was die Geschwindigkeit betreffe, dürfe man sich aber keine Wunder erwarten, so Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP).

Wien – Grüner Wasserstoff aus den Vereinigten Arabischen Emiraten könnte ein Teil der Energie-Lösung sein – die für Rohstoffe zuständige Ministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) hat gestern eine Absichtserklärung mit dem Industrieminister der VAE, Sultan Bin Ahmad Sultan Al Jaber, unterzeichnet. Aber so bald wird weder Wasserstoff noch LNG (verflüssigtes Erdgas) aus den Golfemira-

ten nach Österreich kommen. „Man darf sich keine Wunder erwarten“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP). „Russland ist der größte Erdgasexporteur der Welt“, so Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne), das könne man nicht innerhalb „von drei Wochen oder drei Monaten ersetzen.“ Die Pläne zum grünen Wasserstoff aus den Emiraten sind noch vage – weder hinsicht-

lich Mengen oder Kosten noch bezüglich der Transportwege gibt es klare Vorstellungen. Möglich wäre es z. B., Wasserstoff über das Erdgasnetz zu transportieren. Bei LNG könnte man für den Transport Container nutzen, das sei auch für Wasserstoff eine Option. „Wir haben keinen Flüssiggasterminal in Österreich, wir sind angewiesen auf die Kapazitäten der Terminals, die es

in Europa gibt“, so Gewessler. „Auch das schauen wir uns in Kooperation mit der OMV genau an.“ Das Problem, dass man sich aus politischen und ethischen Erwägungen aus der Abhängigkeit von Russland befreien will, indem man sich Ländern zuwendet, die ebenfalls nicht demokratisch regiert werden, ist Nehammer bewusst. Realitäten müsse man „zur Kenntnis nehmen“. (APA)



Kanzler Nehammer (ÖVP) und Sultan Al Jaber im Rahmen der Unterzeichnung der Absichtserklärung zum bilateralen Wasserstoffbündnis. Foto: APA/BKA